V-01-NEU-174

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union



1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023 Bad Vilbel

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Beschlussdatum: 15.06.2023

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 173 bis 179:

gewesen wäre. Die erzielte Einigung kann zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität und Ordnung stellen – gerade weil sie im EU-Kontext weitestgehend restriktiverer Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar waren. Das vorliegende Ergebnis ist von den Positionen unserer Partei weit entfernt. Gleichzeitig sehen wir das europapolitische Dilemma. In der Gesamtschau bewerten wir das Ergebnis unterschiedlich. humanitäre Asylpolitik stellen.

Wir halten die deutsche Zustimmung bei den im JI-Rat geeinten Verordnungen für falsch. Die Einigung im Innenministerrat wird eine weitere Verschlechterung der humanitären Lage an den Außengrenzen zur Folge haben. Wir fordern stattdessen eine Rückkehr zum Ziel der humanitären Asylpolitik, wie sie mit dem Koalitionsvertrag beschlossen wurde. Wir zollen unseren jeweiligen Meinungen großen Respekt und stehen fest zusammen beim gemeinsamen